



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe April/Mai 2018

Für eine Verkehrswende

Den ÖPVN ausbauen!

Ein neuer Nahverkehrsplan ist in Arbeit. Er soll ab Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten. Die Gelegenheit soll genutzt werden, um den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPVN) attraktiver zu machen.

Realistisch wird davon ausgegangen, dass künftig mehr Menschen auf ihn angewiesen sein werden. Eine Ringbuslinie ist in der Diskussion. Der Abendverkehr soll ausgedehnt werden. Das alles sind Schritte, die wir begrüßen.

Die Stadt will eine eigene Verkehrsgesellschaft gründen. Diese hat aber nur die Aufgabe, Steuern zu sparen und die Zuschüsse für den ÖPVN mit den Gewinnen der Stadtwerke, also mit dem Verkauf von Energie und Wasser zu verrechnen.

Es soll auch künftig dabei bleiben, dass die Buslinien weiterhin an den billigsten Anbieter vergeben werden. An den

dortigen miesen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für die Beschäftigten soll sich nichts ändern. Die Diskussion im Bauausschuss zeigt, dass das bewusst

nur an der Ringstraße wird klar: Luftverschmutzung ist nicht nur ein Problem der Großstädte!



Foto: Eigenes Foto

Verkehrswende!

Der öffentliche Verkehr gehört massiv ausgebaut, auch auf dem flachen Land. Viele Pendler würden davon profitieren. Dazu müssen die Tarife deutlich gesenkt werden. Örtliche Modelle mit Nulltarif oder sehr geringen Tarifen wie z.B. im brandenburgischen Templin sind vorhanden! Und sie haben sich bewährt. In Wien wird das mit Abgaben der Unternehmen finanziert.

Fortsetzung auf Seite 2

in Kauf genommen wird. Das wird von der DKP Minden abgelehnt!

So begrüßenswert diese Schritte zur Verbesserung des ÖPVN sind, sie sind nicht das, was notwendig ist: Eine umfassende Verkehrswende. Der PKW- und LKW-Verkehr ist für einen erheblichen Teil der Luftverschmutzung und der drohenden Klimakatastrophe verantwortlich. Nicht



ZAHLEN:

**225 Leopard-2 Panzer =
ca. 520 Kindertagesstätten**

**140 Eurofighter =
ca. 3 200 Pflegeheime**

**40 Kampfhubschrauber =
ca. 2 400 Sozialwohnungen**

Quelle: shift-happens.org



Abschaffung aller Atomwaffen beiträgt, wie er von 122 Staaten der UN vereinbart wurde.

Der Krieg der Türkei gegen Afrin in Syrien wurde scharf verurteilt. Er wird mit deutschen Waffen wie dem Panzer Leopard 2 geführt. Jeglicher Rüstungsexport gehört verboten, keine Waffen mehr in die Türkei!

Mit 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der Ostermarsch in Bielefeld der größte seit Jahren. Mit der entschiedenen Ablehnung der geplanten Aufrüstung traf der Ostermarsch auf viel Zustimmung in der Bevölkerung. Das wurde bei der Sammlung von Unterschriften unter den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ deutlich. Es wurde gefordert, dass die Bundesregierung dem Vertrag zur



Fotos: Bielefeld, eig. Foto

Fortsetzung von Seite 1

Für den Übergang zu einer sozialen und ökologischen Verkehrswende mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Verkehrsunternehmen brauchen die Kommunen allerdings erhebliche Unterstützung. Das Geld ist vorhanden.

Die Gewinne der Automobilindustrie

durch den Diesel-Betrug könnten dafür abgeschöpft werden.

Doch deren Gewinne sind für die Ultra-reichen dieses Landes bestimmt: Die Quandt-Familie als Mehrheitsbesitzerin von BMW kann in diesem Jahr über eine Milliarde Euro einstreichen. Die Familien Porsche und Piech erhalten durch ihre Anteile an VW/Audi 600 Millionen Euro.

Hier ist die Erklärung für die Kumpanei von Politik und dem Management der Automobilkonzerne im Dieselskandal zu finden. Es ist nicht die Sorge um die Arbeitsplätze, weshalb die Berliner Politik keine Anstrengungen für eine Verkehrswende unternimmt.

Das heißt: Ohne Druck von unten wird es kein Umsteuern geben. ★

Ein Goldesel für Banken – die Kliniken im Mühlenkreis

Schon wieder winkt den Mühlenkreiskliniken ein stolzer Gewinn. Und das, obwohl zugleich einige Millionen an Zinsen für den Baukredit aufgebracht werden mussten. Das Klinikum ist für die an ihm beteiligten Banken eine Goldgrube.

mehr Patienten durchgeschleust. Das ist hier nicht besser als landesweit.

Die Gewerkschaft ver.di stellte 2013 fest, dass bundesweit 162.000 Stellen fehlen, davon rund 70.000 in der Pflege.

Um mehr Gewinn zu machen, wurden die Bereiche Küche und Reinigung in eine Service GmbH ausgegliedert, damit die Beschäftigten schlechter bezahlt werden konnten. Zugleich wurde der Arbeitsdruck enorm erhöht.

2011 konnte eine Privatisierung dieser Bereiche verhindert werden. Doch nun scheint die Klinikleitung das erneut zu versuchen, indem sie diese Aufgaben an private Anbieter vergeben will.

Das würde nicht nur noch schlechtere Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen nach sich ziehen, sondern auch schlechtere Leistungen bei der Verpflegung der Patienten und der Gewährleistung der Hygiene im Krankenhaus. Angesichts der steigenden Gefahr multiresistenter Keime sind das irrwitzige Überlegungen!

Derartige Planungen gehören in die Tonne und müssen verhindert werden!

Die jährlichen Millionenüberschüsse auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten sind skandalös. Das Geld für mehr Pflegepersonal ist vorhanden. ★



Foto: Eigenes Foto

In allen Bereichen der Mühlenkreiskliniken herrscht Personalnotstand. Im Nachtdienst ist der besonders heftig. Bei immer kürzeren Verweilzeiten werden immer

Der Personalrat spricht von etwa 200 Stellen, die hier geschaffen werden müssten. Der Personalnotstand geht zu Lasten der Beschäftigten und der Patienten.

„Mehr von uns ist gut für uns Alle!“

„Mehr von uns ist gut für uns alle!“ lautet das Motto, mit dem an etlichen Orten die Beschäftigten für eine Mindestausstattung an Pflegekräften kämpfen. Sie finden dabei zunehmend Unterstützung durch aktive Bündnisse von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Sterblichkeit im Krankenhaus und die Personalausstattung hängen unmittelbar zusammen! Die geltenden Hygiene-Vorschriften können aufgrund von Zeitmangel gar nicht eingehalten werden. Erste Erfolge konnten erreicht werden.

Erste Erfolge

Den ersten Schritt machten die Beschäf-

tigten der Berliner Charité. Im Saarland führten Streik, Protestaktionen und eine anhaltende Aktionsbereitschaft nun zu ersten Teilerfolgen bei einigen Kliniken. Dort soll zumindest nachts keine Pflegekraft mehr alleine arbeiten.

In Baden-Württemberg ist ein Tarifvertrag mit den Unikliniken in Aussicht, der Regelungen für eine Mindestbesetzung enthält. Zugleich gibt er den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft Möglichkeiten der Durchsetzung der Vereinbarung. Das sind wichtige erste Schritte, die zeigen: Widerstand lohnt sich! Doch er muss noch viel lauter und entschiedener werden, wenn die Personalnot grundlegend behoben werden soll. ★



Die Klinik auf dem Weg zur Fabrik

Ab 1995/1996 wurde ein neues System für die Vergütung der stationären Leistungen eingeführt. Nun ging es nicht mehr darum, was die Behandlung eines Patienten wirklich kostet. Sondern es wurde eine Art Katalog von Krankheiten und ihrer Behandlung erstellt. Mit festen Vergütungen für die jeweiligen Fälle, genannt Fallgruppen. Die Patienten werden nun darin eingeordnet.

Viele zentrale Leistungen der Krankenhäuser werden seither nicht mehr vergütet. Das gilt auch, wenn ein Patient mehr Pflege braucht als vorgesehen. Zudem kommen die Länder ihrer Verpflichtung nicht mehr nach, die Investitionskosten zu zahlen.

Gesundheit als Ware

Die Folgen: Vor dem Hintergrund der so genannten Schuldenbremse werden sie gezwungen, schwarze Zahlen zu schreiben und sich dem Diktat der Fallpauschale unterzuordnen. Dabei liegt der Fehler bereits in der Vorgabe, die öffentliche Daseinsvorsorge, etwa im Gesundheitsbereich, müsse unter allen Umständen rentabel sein, während gleichzeitig Milliarden

für Rüstung und die Rettung deutscher Banken ausgegeben werden. Die Gesundheit wurde zu einer Ware, gemacht, mit der man Gewinn machen kann.



Ein ständiger Kostendruck ist gezielt eingeplant. Das Personal wird zum Kostenfaktor. Die Fallzahlen werden erhöht. Patienten laufen Gefahr, nicht mehr so behandelt zu werden, wie es ihrer Genesung dient, sondern wie es für die Einnahmen des Krankenhauses am günstigsten ist.

Der Kampf für eine bessere Personalausstattung ist ein erster wichtiger Schritt, diese ungesunde Logik auszuhebeln. Wir brauchen eine bessere Finanzierung unseres Gesundheitswesens.

Der Mensch in den Mittelpunkt!

Damit der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der "Überschuss" oder der Profit privater Klinikbetreiber ist allerdings noch mehr erforderlich. Gesundheit, Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Profitprinzip untergeordnet sein. Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist wiederherzustellen. Die Streichungen von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind rückgängig zu machen. Die Forderung der Arbeiterbewegung nach einer Einheitsversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze ist so aktuell wie vor 70 Jahren.

Der Einfluss der Pharmaindustrie und der privaten Klinikkonzerne muss überwunden werden. Doch in dieser GroKo wurde mit Jens Spahn ein Lobbyist der Pharmaindustrie zum Gesundheitsminister gemacht.



Ignoranz gegen Mieter

Preisgünstige Wohnungen werden in Minden immer seltener. Vor allem kleine und größere für Familien. Sozialbindungen laufen aus, der soziale Wohnungsbau findet nicht mehr statt. Dämmungsmaßnahmen treiben die Mieten hoch. Neuvermietungen werden für höhere Mietforderungen genutzt.

Das Handlungskonzept Wohnen der Stadt Minden aus dem Jahre 2016 hat noch zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt. Der Verzicht auf eine gemeinnützige stadtteigene Wohnungsgesellschaft bedeutet den Verzicht auf Handlungsmöglichkeiten.

Von der neuen GroKo ist keine Änderung der Wohnungsmisere zu erwarten. Es gibt keine Antwort auf Mietenexplosion und Wohnraumangel. Eine massive Neuaufgabe des sozialen Wohnungsbaus ist nicht vorgesehen. Wohneigentum soll durch Eigenheimzulage und Baukindergeld gefördert werden. Das ist für Menschen, die sich die steigenden Mieten

nicht mehr leisten können, der blanke Hohn. Die Modernisierungumlage soll nur minimal gesenkt werden; das ist ein eher symbolischer Akt. Von einer Anpassung des Wohngeldes ist keine Rede.

NRW: „Entfesseln“

Die NRW-Landesregierung aus CDU und FDP verabschiedet sogenannte „Entfesselungsgesetze“. Dadurch sollen Schranken beseitigt werden, die der hemmungslosen Kapitalverwertung auferlegt wurden. Das gilt auch für den Wohnungsmarkt. Bauen soll sich für den „Investor“ lohnen. Mieterrechte, die Verordnung über eine Obergrenze für Mietsteigerungen bei Neuvermietungen sind da natürlich im Wege. Also sollen sie gestrichen werden.

Eine soziale Wohnungspolitik lässt sich nur gegen diese Kräfte und die dahinter stehende Immobilienwirtschaft durchsetzen.

KITAS STATT KRIEGE!

Geld ist genug da –
Abrüstung statt Aufrüstung!

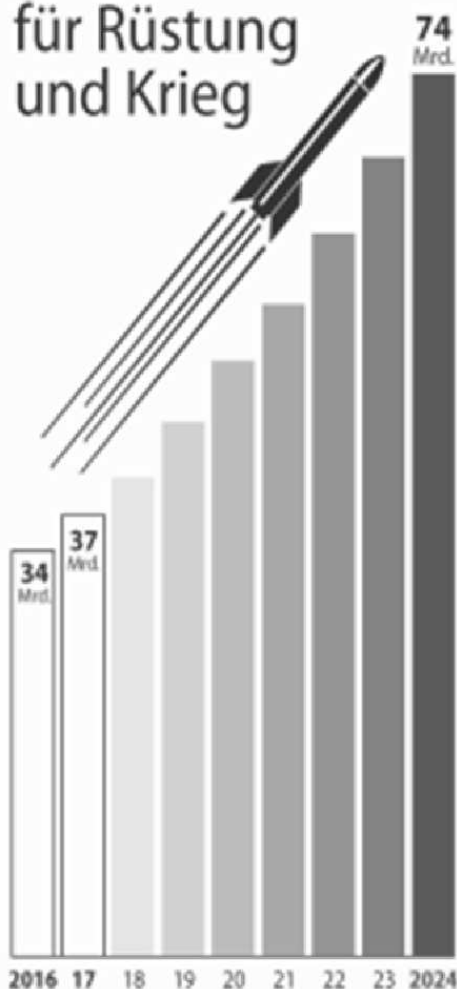


Nur ein Neustart eines sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbaus kann leistbare Wohnungen mit dauerhaft niedrigen Mieten schaffen.

Er darf nicht profitorientiert sein



2 %, das sind 2024 74 Milliarden für Rüstung und Krieg



Diese Große Koalition meint es ernst: Die „vereinbarten NATO-Fähigkeitsziele sollen erreicht werden“. Dazu zählt der in der NATO mit aktiver Unterstützung der Berliner Regierung gefasste Beschluss, die Kriegsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) zu erhöhen. Das bedeutet etwa eine Verdoppelung gegenüber heute bis zum Jahr 2024. Also von knapp 40 Milliarden auf etwa 74 Milliarden Euro pro Jahr.

Damit das auch verbindlich wird, hat noch die alte GroKo im November letzten Jahres einen entsprechenden Vertrag von 23 EU-Ländern vorangetrieben.

Eine massive neue Aufrüstungsspirale droht. Diese Gelder werden für Schulen, Bildung, Pflege, Umwelt, für die Städte und Gemeinden fehlen. Die Aufrüstung wird ohne weitere Einschnitte in diesen Bereichen nicht zu finanzieren sein. Daher unterstützen wir aktiv die Unterschriftensammlung „Abrüsten statt Aufrüsten“.



www.abruesten.jetzt



Bereits in ihrem Programm zur Bundestagswahl sprach die AfD von einer „Vernachlässigung der Bundeswehr“ und forderte ihre Stärkung.

Jüngst forderte Georg Pazderski, der stellvertretende Bundesvorsitzende, „mehr finanzielle Mittel für Ausrüstung, Personal und Infrastruktur der Bundeswehr zur Verfügung“ zu stellen.

Genau das ist die Handschrift des Koalitionsvertrages der Großen Koalition. Die AfD verstärkt die Riege der Aufrüstungs- und Kriegsparteien.



Rüstungsausgaben im Vergleich

Im Jahre 2016 wurden ausgegeben:

NATO: 921 Milliarden US-Dollar

USA: 611 Mrd. US-Dollar
= ca. 5000 Mrd. Euro

Russland: 69,2 Mrd. US-Dollar

In diesem Jahr hat Russland die Kürzung (!) der Ausgaben angekündigt.

Alleine die USA geben fast zehnmal so viel aus wie Russland.

Die angebliche Bedrohung durch Russland soll die gigantische Aufrüstung der NATO und von Deutschland rechtfertigen. Das hatten wir in früheren Jahrzehnten schon einmal.

Es gibt keine Alternative zum Frieden mit Russland.



Kalter Krieg 2.0

Zu den Zielen von NATO und großer Koalition gehört der weitere Aufmarsch an der Grenze zu Russland.

Die Pioniere sind als Teil der NATO-„Speerspitze“ mit der Aufstellung und Führung eines multinationalen Pionierverbandes beauftragt. Innerhalb von zwei bis drei Tagen sollen sie am gewünschten Ort zum Einsatz kommen können. Zum Einsatz gegen Russland. Diese Truppenverbände mit sehr hoher Einsatzbereitschaft wurden 2014 auf

dem NATO-Gipfel mit Unterstützung der Bundesregierung beschlossen. Die NATO rückt mit Stationierungsorten und Truppenverbänden an die Grenze zu Russland heran. 2016 fand das Großmanöver „Anakonda“ direkt an der polnisch-russischen Grenze unter Beteiligung von 400 Mindener Pionieren statt. Ein Spiel mit dem Feuer.

Mit solchen Kriegsszenarien sind wir zurück in den Zeiten des Kalten Krieges.



DKP Minden
dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmsweg 11, 32427 Minden

